

Themenschwerpunkte der deutschen EU-Ratspräsidentschaft

Deutschland, Portugal und Slowenien streben in den nächsten 18 Monaten ein gemeinsames Handeln in den Bereichen Sicherheit, Migration und Integration an. Auf dem informellen Treffen der EU-Justiz- und Innenminister Mitte Januar in Dresden wurden erste Fragen diskutiert.

Die Bundesregierung stellt ihre EU-Ratspräsidentschaft unter das Motto „Gemeinsam Europa gestalten“. Deutschland hat den EU-Ratsvorsitz im ersten Halbjahr 2007 inne und wird ihn an Portugal übergeben, anschließend übernimmt Slowenien die Ratspräsidentschaft. Das Präsidentschaftsprogramm wurde mit Portugal und Slowenien in einer „Dreierpräsidentschaft“ gemeinsam erarbeitet. Kernanliegen ist die Fortsetzung

des europäischen Verfassungsprozesses. Ferner soll die Zukunftsfähigkeit des europäischen Wirtschafts- und Sozialmodells intensiv diskutiert werden. Die Stärkung Europas als Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts sowie der Ausbau des europäischen Sicherheits- und Stabilitätsraumes bilden die Themenschwerpunkte der deutschen EU-Ratspräsidentschaft.

Die Bundesregierung konzentriert sich auf den Kampf gegen den internationalen Terrorismus und die organisierte Kriminalität. Des Weiteren sollen Migrationssteuerung, Integrationsprozesse und der interkulturelle Dialog vorangebracht werden. Hier wird das zuständige Bundesinnenministerium (BMI) vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) unterstützt. Zur Durchsetzung der verabredeten Ziele sollen begonnene Projekte fortge-

führt, bereits vorhandene Instrumente ausgebaut und die praktische Zusammenarbeit der Behörden intensiviert werden. Begleitend finden zahlreiche Fachkonferenzen statt.

Terrorabwehr und internationale Kriminalität: Die Bundesregierung fordert in ihrem Arbeitsprogramm eine engere grenzüberschreitende Kooperation der Sicherheitsdienste und Staatsanwaltschaften, um Terror und organisierte Kriminalität effektiv zu bekämpfen. Ferner soll das Europäische Polizeiamt EUROPOL mit zusätzlichen Befugnissen und Personal ausgestattet

werden (vgl. MuB 1/06). Unter der deutschen EU-Ratspräsidentschaft sollen außerdem die Realisierung des Schengener Informationssystems II sowie die Ausstattung der Personaldokumente mit biometrischen Daten vorangetrieben werden (vgl. MuB 8/05, 7/04).

Einheitliche Migrationspolitik: Innerhalb seiner Ratspräsidentschaft beabsichtigt Deutschland, die Migrationspolitiken der Mitgliedstaaten weiter anzugleichen, sodass eine gemeinsame Gestaltung und Steuerung der Migration möglich wird. Zusätzlich müsse der Dialog mit den Herkunfts- und Transitstaaten und insbesondere mit den östlichen und südöstlichen Nachbarregionen intensiviert werden. Im Präsidentschaftsprogramm heißt es: „Ein gemeinsamer europäischer Ansatz zur Migrationssteuerung muss Migrations- und Fluchtursachen analysieren, Armut in den Herkunftsländern bekämpfen und humanitäre Hilfe leisten.“ Darüber hinaus soll die Debatte um eine gemeinsame Steuerung der legalen Zuwanderung fortgesetzt werden, die durch die EU-Kommission angestoßen wurde (vgl. MuB 1/05). Prinzipiell müssten in diesem Bereich zukünftige EU-Regelungen die unterschiedlichen Arbeitsmarktsituationen der Mitgliedstaaten berücksichtigen und sich diesen gegenüber flexibel erweisen, fordert die Bundesregierung.

Asyl- und Flüchtlingspolitik: Hauptanliegen ist hier der Aufbau des Visa-Informationssystems (VIS). Dafür sollen die praktische Zusammenarbeit der Asylbehörden der Mitgliedstaaten ausgebaut und die Asylrechtsharmonisierung forciert werden (vgl. MuB 1/06, 2/06). Im Ausland sollen gemeinsame Visa-Antragsstellen eingerichtet werden. Die deutsche Ratspräsidentschaft will sich für die einheitliche Anwendung des europäischen Flüchtlingsrechts, aber auch für den Ausbau der Rückübernahmepolitik einsetzen und den Abschluss weiterer bilateraler Abkommen vorantreiben. Rückführungen sollen verbessert und koordiniert sowie von der EU-Grenzschutzagentur Frontex unterstützt werden (vgl. MuB 4/06).

Schutz der Außengrenzen: Die EU-Grenzschutzagentur Frontex soll von den Mitgliedsländern mit zusätzlichem Personal für die Sicherung der Außengrenzen ausgestattet werden (siehe S. 4). Darüber hinaus sollen die Rechtsgrundlagen geschaffen werden, um zügig multinationale Eingreiftruppen an Brennpunkten illegaler Migration einzurichten (vgl. MuB 1/06, 6/06).

Integration und interkultureller Dialog: Eine bessere Integration der Ausländer in der EU soll Radikalisierungsprozesse und Extremismus künftig verhindern. Aus Sicht der Bundesregierung müssten in den Mitgliedstaaten Maßnahmen ergriffen werden, die den Migranten Chancengleichheit sowie wirtschaftliche, soziale und gesellschaftliche Teilhabe sichern. Darüber hinaus müsse ein regelmäßiger Austausch zwischen den Kulturen institutionalisiert werden, wobei das of-

Inhalt	
Themenschwerpunkte der deutschen EU-Ratspräsidentschaft	1
Deutschland: Sinkende Asylbewerberzahlen 2006	2
Deutschland: Türkische Gemeinde plant Bildungsoffensive	2
Kurzmeldungen – Deutschland I	3
Deutschland: 2006 deutlich weniger Spätaussiedler als im Vorjahr	3
EU: Illegale Migration per Boot hält an	3
Kurzmeldungen – Deutschland II	4
Russland: Neues Einwanderungsgesetz beschränkt Zugang zum Arbeitsmarkt	5
Kurzmeldungen – Europa I	5
Internet-Angebote / Literatur / Veranstaltungen	6
Kurzmeldungen – Europa II	6
Zusätzlich in der Internetausgabe (http://www.migration-info.de):	
Studie: Auswanderung aus Deutschland – Motive, Erwartungen und Erfahrungen	
Rezension R. Süßmuth	

fene Gespräch mit Angehörigen der Islamischen Religionsgemeinschaft aufgrund seiner wachsenden Bedeutung in Europa eine besondere Rolle einnehme. Die Mitgliedstaaten sollen sich nach den Vorstellungen der Bundesregierung künftig regelmäßig über Integrationserfolge, -strategien und -probleme verständigen. Hier sollen die Erkenntnisse aus den nationalen interkulturellen Dialogen einfließen.

EU-Innen- und Justizministertagung: Die Justiz- und Innenminister der Mitgliedstaaten diskutierten vom 14. bis 16. Januar in Dresden Fragen der grenzüberschreitenden polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit. Dabei wurde der am 27. Mai 2005 zwischen Belgien, Deutschland, Frankreich, Luxemburg, Niederlande, Österreich und Spanien geschlossene Vertrag von Prüm zu einer „Initiative zu einer europaweiten Vernetzung polizeilicher Datenbanken zur wirksamen Verbrechenverfolgung“ ausgebaut. Der Vertrag soll sukzessiv in den Rechtsrahmen der EU überführt wer-

den. Finnland, Italien, Portugal und Slowenien haben bereits ihre Beitrittserklärung abgegeben.

Des Weiteren thematisierten die Minister die angestrebte gemeinsame Strategie zur Bekämpfung der illegalen Migration. Sie einigten sich darauf, die Zusammenarbeit mit den Herkunfts- und Transitstaaten weiter zu verstärken. Es wurde die Möglichkeit bilateraler Partnerschaftsabkommen erörtert, die die Herkunftsländer beim Aufbau von Polizei-, Grenzschutz- und Asylsystemen unterstützen sollen. Ferner wurde das Konzept der so genannten zirkulären Migration, d. h. dem Pendeln zwischen Herkunfts- und Aufnahmeland, diskutiert und geprüft, inwiefern die positiven Effekte für die beteiligten Länder am besten umgesetzt werden können (vgl. MuB 6/06). *th*

Weitere Informationen:

<http://eu2007.de> (Homepage der Bundesregierung zur Ratspräsidentschaft)

Deutschland: Sinkende Asylbewerberzahlen 2006

Im Jahr 2006 sind weniger Asylbewerber nach Deutschland gekommen als im Vorjahr. Damit setzt sich der Trend der vergangenen Jahre fort. Die Zahl der Asylbewerber sank um rund 30 %. Der Irak war 2006 das Herkunftsland Nummer 1.

Insgesamt stellten im vergangenen Jahr 30.100 Personen einen Asylantrag (2005: 42.908). Davon waren 21.029 Erst- und 9.071 Folgeanträge (siehe Grafik). Folgeanträge können u. a. gestellt werden, wenn sich die Sach- oder Rechtslage zugunsten des Asylbewerbers geändert hat oder neue Beweismittel vorliegen.

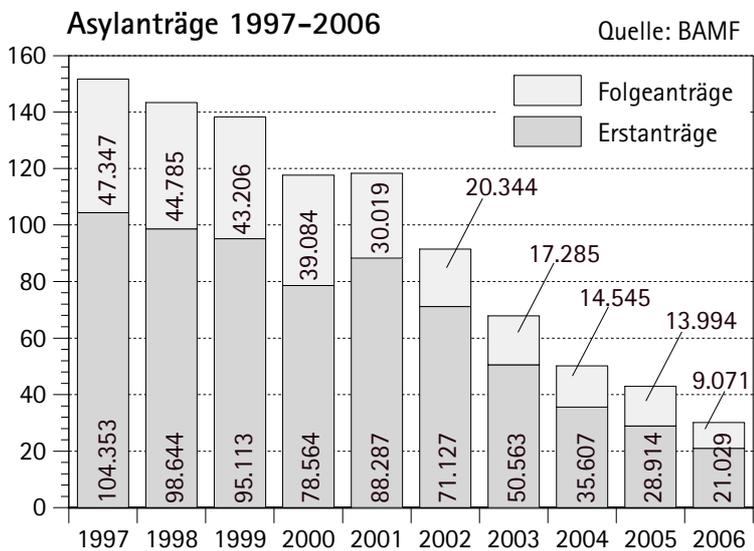
Anträge, August-Dezember 2006). Mehr als ein Drittel aller Asylanträge entfallen auf diese vier Herkunftsländer (34,5 %). Zusammengenommen wäre das ehemalige Serbien-Montenegro eigentlich wie schon 2005 stärkstes Herkunftsland. Da aber die Monatsstatistiken des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) Serbien und Montenegro bis Juli 2006 als einen Staat, ab August 2006 aber infolge der staatlichen Trennung als zwei Staaten ausweisen, führt der Irak die Jahresstatistik an.

2006 wurde über 30.759 Asylanträge entschieden: 251 Antragsteller wurden als asylberechtigt nach Artikel 16a des Grundgesetzes bzw. im Rahmen des Familienasyls anerkannt (0,8 %). 1.097 Personen (3,6 %) wurde Abschiebeschutz gemäß § 60 Abs. 1 AufenthG gewährt und bei 603 Personen (2 %) wurde ein Abschiebeverbot gemäß § 60 Abs. 2, 3, 5, 7 AufenthG festgestellt. Die Anträge von 17.781 Personen wurden abgelehnt (57,8 %). In 11.027 (35,8 %) Fällen wurde lediglich eine formelle Entscheidung getroffen ohne nähere inhaltliche Prüfung des Asylgesuchs. Dies kann beispielsweise der Fall sein, wenn ein Verfahren eingestellt wird, weil der Antrag zurückgezogen wurde. Nach Angaben des BAMF gab es Ende letzten Jahres 8.835 Anträge, über die noch nicht entschieden worden war.

Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU) wertete den Rückgang der Asylbewerberzahlen als Erfolg: „Damit wird deutlich, dass Asylzugang als Zuwanderungsproblem zumindest quantitativ stark an Bedeutung verloren hat.“ Die Flüchtlingshilfsorganisation Pro Asyl hingegen kritisierte: „Durch die Abschottung der europäischen Außengrenzen bleiben viele Flüchtlinge ohne Chance, überhaupt einen Antrag auf dem Territorium eines EU-Staates zu stellen.“ Daher scheidet Deutschland als Zufluchtsland für Flüchtlinge weitgehend aus. *as*

Weitere Informationen:

<http://www.bamf.de>, <http://www.pro-asyl.de>



Die wichtigsten Herkunftsländer 2006 waren der Irak mit 10,1 % der Anträge (2.117 Anträge) und die Türkei mit 9,3 % (1.949 Anträge). Auf Rang 3 und 4 folgen Serbien-Montenegro mit 8,7 % (1.828 Anträge, Januar-Juli 2006) bzw. Serbien mit 6,4 % (1.354

Deutschland: Türkische Gemeinde plant Bildungsoffensive

Die Türkische Gemeinde in Deutschland (TGD) will dieses Jahr eine Bildungskampagne für türkischstämmige Schüler und Auszubildende starten. Die Zahl der türkischstämmigen Schüler, die die Schule ohne Ab-

schluss verlassen, soll innerhalb der nächsten fünf Jahre halbiert werden. Ferner ist der Einsatz von Bildungsbotschaftern und -paten geplant.

Kurzmeldungen – Deutschland I

Entzug der Staatsbürgerschaft rechtens
Ehemaligen Ausländern, die sich nach ihrer Einbürgerung in Deutschland vom Herkunftsland wieder einbürgern lassen, kann die deutsche Staatsbürgerschaft entzogen werden (§ 25 StAG). So entschied das Bundesverfassungsgericht Anfang Dezember 2006 (Az. 2 BvR 1339/06). Ein Türke hatte Verfassungsbeschwerde gegen den Entzug seiner deutschen Staatsbürgerschaft eingelegt und geltend gemacht, dass er seine Einbürgerung in der Türkei bereits 1999, also vor In-Kraft-Treten des Staatsangehörigkeitsgesetzes (StAG) im Jahr 2000 beantragt hatte. Das Gericht folgte dieser Argumentation nicht, auch erfolgte die Einbürgerung in der Türkei erst 2001.

<http://www.bundesverfassungsgericht.de>

Keine Einbürgerungsrücknahme

Der hessische Verwaltungsgerichtshof in Kassel hat in vier Fällen die Entscheidung des Regierungspräsidiums Gießen aufgehoben, Einbürgerungen zurückzunehmen (Az. 11 UE 111/06; 11 UE 563/06; 11 UE 1162/06; 11 UE 1529/06). Die Behörde hatte vier Einbürgerungsbescheide aus den Jahren 2002 und 2003 aufgehoben, nachdem bekannt wurde, dass die betroffenen Personen lokale Vorstandsmitglieder der „Islamischen Gemeinschaft Milli Görüs e. V.“ (IGMG) waren. Die IGMG wird vom Verfassungsschutz beobachtet und als islamistisch und radikal eingestuft (vgl. MuB 5/05). Der Verwaltungsgerichtshof entschied nun, dass die Rücknahme der Einbürgerung aufgrund des Grundrechts auf Schutz vor Staatenlosigkeit (GG Art. 16) nicht zulässig sei. Nur bei arglistiger Täuschung oder vergleichbarem Verhalten könne die Einbürgerung zurückgenommen werden, so das Urteil. Dies sei den Klägern jedoch nicht nachzuweisen.

<http://www.vgh-kassel.justiz.hessen.de/internet/vgh-kassel.nsf/Frame/N24XTGW2889RLIGDE>

maligen Sowjetunion (rund 98 %). Hier waren die Russische Föderation (5.189 Personen), Kasachstan (1.760) und die Ukraine (314) die wichtigsten Herkunftsländer. Im Vergleich zum Vorjahr nahm die Zahl der Spätaussiedler um rund 27.800 Personen ab (-78 %, siehe Grafik).

Der überwiegende Teil der Zuwanderer waren jedoch Familienangehörige von Spätaussiedlern. Nur rund 38 % hatten selbst den Status als Spätaussiedler (BVFG § 4), ca. 54 % waren Ehepartner bzw. gemeinsame Kinder (BVFG § 7) und rund 8 % sonstige Familienangehörige (BVFG § 8).

Nach der Einreise werden die Spätaussiedler und ihre Familien zunächst in der Erstaufnahmestelle in Friedland (Niedersachsen) untergebracht, einer Außen-

Nach Angaben des Vorsitzenden der Türkischen Gemeinde in Deutschland (TGD) Kenan Kolat soll die Bildungsinitiative „Zukunft für Bildung“ die Integrationschancen der türkischstämmigen Bevölkerung verbessern. In Zukunft solle es weitaus weniger Schulabbrecher und dafür mehr türkischstämmige Abiturienten geben.

Um diese Ziele zu erreichen, will die TGD auf verschiedenen Ebenen handeln. Eine wichtige Zielgruppe sind türkischstämmige Eltern. Ihnen soll durch so genannte Bildungsbotschafter das deutsche Bildungssystem näher gebracht werden. Eltern sollen sich in Zukunft mehr in den Schulen ihrer Kinder enga-

gieren und beispielsweise als Elternvertreter mitwirken. „Ähnlich wie die Quartiersmanager in Berlin sollen unsere Botschafter in die Gemeinden gehen und die Menschen motivieren“, sagte Kolat. Bisher seien 33 Bildungsbotschafter bundesweit unterwegs, am Ende des Jahres sollen es 100 sein. Die Tageszeitungen Hürriyet und Milliyet würden für die Aktion werben, auch Sendungen im türkischen Fernsehen seien geplant, so Kolat.

Neben den Bildungsbotschaftern sollen auch Patenschaften entstehen. Die Türkische Gemeinde will dieses Jahr die 50 besten türkischstämmigen Abiturienten und Lehrlinge nach Berlin einladen. Diese Jugendlichen sollen unter dem Motto „Ich habe es geschafft - du schaffst das auch“ mit Schülern über ihre Erfahrungen sprechen.

Kolat sagte ferner, man werde mit Unterstützung der deutsch-türkischen Unternehmerverbände Schulen finanziell unterstützen, die gute Arbeit mit mehrsprachigem Unterricht leisten bzw. eine gute Eltern- und Schülerarbeit mit Migranten vorweisen. *as*
Weitere Informationen: <http://www.tgd.de>

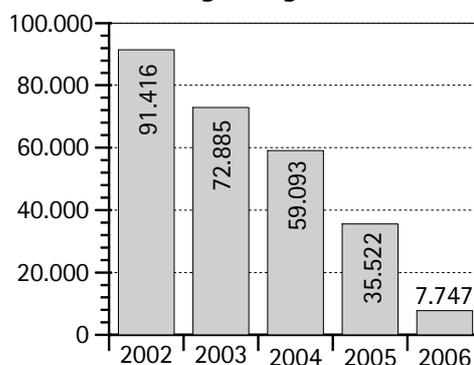
Deutschland: 2006 deutlich weniger Spätaussiedler als im Vorjahr

Im vergangenen Jahr sind deutlich weniger Spätaussiedler mit ihren Familienangehörigen nach Deutschland gekommen als im Jahr zuvor. Damit setzte sich der Trend der vergangenen Jahre fort.

Wie der aktuellen Jahresstatistik des Bundesverwaltungsamtes in Köln zu entnehmen ist, kamen im vergangenen Jahr 7.747 Spätaussiedler und Familienangehörige nach Deutschland, 7.626 davon aus Ländern der ehe-

stelle des Bundesverwaltungsamtes. Danach werden sie nach einem besonderen Verteilungsschlüssel auf die einzelnen Bundesländer verteilt, wobei familiäre Bin-

Zuzug von Spätaussiedlern und Familienangehörigen 2002–2006



Quelle: Bundesverwaltungsamt

dungen im Bundesgebiet sowie Arbeits-, Erwerbs- und Ausbildungsmöglichkeiten berücksichtigt werden. Auf die Bundesländer Nordrhein-Westfalen (1.679 Personen), Bayern (1.152 Personen) und Baden-Württemberg (984 Personen) entfielen die meisten dieser Migranten. *as*

Weitere Informationen:

<http://www.bva.bund.de> (Bundesverwaltungsgericht)
http://www.migration-info.de/dum_doks/D_200612Monatsstatistik.pdf

EU: Illegale Migration per Boot hält an

Trotz der kalten Jahreszeit versuchen weiterhin Hunderte von Menschen, über das Mittelmeer nach Europa zu gelangen. Im Jahr 2006 gelang mehr

Migranten die illegale Einreise auf dem Seeweg als je zuvor. Die EU will verstärkt Gegenmaßnahmen ergreifen und die Grenzschutzagentur Frontex stärken.

Bilanz 2006: Allein auf den Kanarischen Inseln landeten 2006 mehr als 31.000 so genannte „boat people“, die von Nord- und Nordwest-Afrika aufgebrochen waren. Das sind mehr als sechs Mal so viele wie im Vorjahr (2005: 4.715). Mehr als 16.000 Migranten wurden an Italiens Küsten aufgegriffen. Allerdings haben sich die Migrationsrouten in letzter Zeit in Richtung Kanaren verschoben, was u. a. auf Grenzsicherungsmaßnahmen und die verstärkte Zusammenarbeit zwischen Spanien und Marokko zurückzuführen ist. Dadurch sind sowohl die Überquerung der Meerenge von Gibraltar als auch die Einreise in die spanischen Exklaven Ceuta und Melilla massiv erschwert worden (vgl. MuB 10/03, 1/04, 9/05, 4/06, 7/06). Neben der italienischen Insel Lampedusa ist die spanische Inselgruppe aufgrund ihrer günstigen Lage vor der afrikanischen Küste zum Hauptziel der Migranten geworden, deren Boote auch von Mauretanien und Senegal aus starten können. Anfang September 2006 landeten an nur einem Tag fast 900 Menschen per Boot auf den Kanaren. Nach Schätzungen spanischer Behörden kommt etwa jeder Sechste bei dem Versuch, das Mittelmeer zu überqueren, ums Leben. Genaue Opferzahlen sind nicht bekannt. Wegen sinkender Temperaturen und hohem Seegang ist die Überfahrt in den letzten Monaten besonders gefährlich geworden. So starben vor der Küste Senegals Mitte Dezember mehr als 80 Insassen eines Bootes bei dem Versuch, die Kanarischen Inseln zu erreichen.

Entwicklung 2007: Insgesamt ist die Zahl der Mittelmeerüberquerungen in den Herbst- und Wintermonaten zurückgegangen, dennoch landen wöchentlich neue Boote an den Küsten der Inselgruppe. Am Neujahrstag erreichten rund 100 „boat people“ die Insel Gran Canaria. Bereits in den ersten zwei Wochen des Jahres 2007 gingen auf den Kanaren mehr als 400 Personen an Land oder wurden in küstennahen Gewässern aufgegriffen. Zuletzt landeten am 25. Januar rund 60 Männer, Frauen und Kinder afrikanischer Herkunft im Süden Teneriffas. Aber auch an anderen Küsten des Mittelmeeres wurden im Januar wieder „boat people“ aufgegriffen, etwa in Kalabrien (Süditalien) oder vor Mallorca.

Informelles Treffen auf EU-Ebene: Die Sicherung der EU-Außengrenzen gegen illegale Einreiseversuche war auch Thema beim informellen Treffen der europäischen Innen- und Justizminister vom 14. bis 16. Januar in Dresden (siehe S. 2). Bereits im Vorfeld der Zusammenkunft hatte der für Migrationsfragen zuständige EU-Kommissar Franco Frattini eindringlich vor neuen Flüchtlingsdramen im Mittelmeer gewarnt. Frattini forderte die Mitgliedstaaten auf, der EU-Grenzschutzagentur Frontex zügig Hubschrauber, Flugzeuge und weitere technische Ausrüstung zur Verfügung zu stellen. Ohne diese Mittel könne die EU dem zu erwartenden „massiven Strom von Flüchtlingen“ ab April nicht standhalten. Frontex selbst werde in Briefen an alle 27 Mitgliedstaaten um Unterstützung für gemeinsame Grenzschutzaktionen bitten.

Frontex: Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU), der derzeitige Vorsitzende des Rates der EU-Innen- und Justizminister, unterstützte den Appell und rief zu einer Stärkung von Frontex auf. Die 2004 eingerichtete EU-Behörde beschäftigt derzeit 80 Mitarbeiter und ist für 2007 mit einem Budget von 35 Mio. Euro ausgestattet. Dazu kommen Sach- und Personalmittel der Mitgliedstaaten sowie technische Ausrüstungen. Frontex ist unter anderem für die Koordination von Patrouillen zu Wasser und in der Luft zuständig, um Einreisewillige in ihren Booten vor den Küsten abzufangen. In Zusammenarbeit mit betroffenen EU-Staaten bereitet Frontex auch die Rückführung von aufgegriffenen Migranten vor.

Die bisher umfangreichste Operation führte Frontex unter Beteiligung von sieben EU- bzw. Schengen-Staaten zwischen Juli und Dezember 2006 durch. Die aus zwei Modulen („Hera I“ und „Hera II“) bestehende Aktion beschränkte sich auf die Kanarischen Inseln. Im Rahmen von „Hera I“ wurden rund 19.000 Personen erfasst, die illegal eingereist waren. Experten der beteiligten Staaten versuchten, sie zu identifizieren bzw. ihr Herkunftsland zu bestimmen. Mehr als 6.000 wurden daraufhin von den spanischen Behörden zurücktransportiert. „Hera II“ sollte Migrationswillige bereits daran hindern, mit ihren Booten die afrikanischen Küstengewässer zu verlassen (vgl. MuB 7/06). Dazu patrouillierte Frontex vier Monate lang mit Schiffen und Flugzeugen an den Küsten Senegals, Mauretaniens, der Kapverden und der Kanaren. Insgesamt wurden dabei mehr als 3.500 Migranten an der Überfahrt gehindert.

Frontex-Direktor Ilkka Laitinen geht davon aus, dass sich die Migrationsrouten aus Afrika weiter verschieben werden (vgl. MuB 3/06, 5/06). So könnten Afrikaner versuchen, über Osteuropa oder den Balkan nach Mitteleuropa zu gelangen – eine Entwicklung, mit der auch EU-Kommissar Frattini rechnet. Zugleich warnte Laitinen davor, sich beim Grenzschutz im Mittelmeer ausschließlich auf die Kanarischen Inseln zu konzentrieren, demnächst könnte auch die Straße von Gibraltar wieder stärker zur Überfahrt genutzt werden.

Deutschland hat Frontex bisher hauptsächlich mit Beratern unterstützt und 2006 zwei Hubschrauber der Bundespolizei zur italienischen Mittelmeerinsel Lampedusa geschickt. Weitere konkrete Zusagen machte Schäuble auf dem Treffen der EU-Innenminister allerdings nicht. Er betonte, wie wichtig die Kooperation mit den Herkunftsstaaten sei. Bei Nichtregierungsorganisationen stößt gerade die Zusammenarbeit mit den Herkunfts- und Transitstaaten, die bereits Teil der „deutsch-französischen Initiative für eine neue europäische Einwanderungspolitik“ (vgl. MuB 9/06) war, auf Kritik. Im Falle der Kooperation gebe es mehr Ent-

Kurzmeldungen – Deutschland II

Islamübertritte vervierfacht

Im Zeitraum Juli 2005 - Juni 2006 sind etwa viermal so viele Deutsche zum Islam konvertiert wie im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Das ergab die jährliche Studie „Neue Daten und Fakten über den Islam in Deutschland 2006“, die das Zentralinstitut Islam-Archiv in Soest herausgibt. In der vom Bundesinnenministerium (BMI) finanzierten Studie kam das Institut zu dem Ergebnis, dass in diesem Zeitraum rund 4.000 Deutsche (fast ausschließlich ohne Migrationshintergrund) zum Islam konvertierten. Zunehmend seien es Christen, die zum islamischen Glauben wechselten, so Institutsleiter M. Salim Abdullah.

Kopftuchverbot in Bayern rechtens

Der bayerische Verfassungsgerichtshof in München hat Mitte Januar entschieden, dass muslimische Lehrerinnen im Freistaat auch künftig kein Kopftuch in der Schule tragen dürfen (Az. Vf. 11-VII-05). Damit wurde die Klage der in Berlin ansässigen Islamischen Religionsgemeinschaft e. V. abgewiesen. Das Urteil sei Ergebnis einer Abwägung zwischen Glaubens- und Religionsfreiheit der Lehrkräfte und den Grundrechten der Schüler und Eltern sowie des staatlichen Bildungs- und Erziehungsauftrags. Das Tragen des Kopftuchs könne als Ausdruck einer Haltung verstanden werden, „die mit den verfassungsrechtlichen Grundwerten und Bildungszielen einschließlich der christlich-abendländischen Bildungs- und Kulturwerte nicht vereinbar sei“, heißt es in der Urteilsbegründung. Die Kläger wollen nun vor das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe ziehen.

<http://www.bayern.verfassungsgerichtshof.de>

Kurzmeldungen – Europa I

Schweiz: 2006 etwas mehr Asylanträge
In der Schweiz wurden im vergangenen Jahr 10.537 Asylanträge gestellt (2005: 10.061), das entspricht einem Anstieg um 4,7 %. Die meisten Asylanträge stammen von Personen aus Serbien (1.225), Eritrea (1.201) und dem Irak (816). Auf Platz vier und fünf der Herkunftsländer folgen die Türkei (693) und China (475). 1.193 abgelehnte Asylbewerber wurden 2006 ausgewiesen (2005: 1.281; -6,9 %). Die Anerkennungsquote lag im vergangenen Jahr insgesamt bei 19,5 % (2005: 13,6 %) und damit um knapp sechs Prozentpunkte höher als im Vorjahr.

<http://www.bfm.admin.ch>

Schweiz: Sichere Herkunftsstaaten

Seit 1. Januar 2007 stehen Benin, Kroatien, Mali, Moldau (ohne Transnistrien), Montenegro und die Ukraine auf der Schweizer Liste der so genannten „sicheren Herkunftsstaaten“. Bisher galten bereits Albanien, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Gambia, Ghana, Indien, Mazedonien, Mongolei, Rumänien, Senegal sowie alle EU- und EFTA-Staaten als „Safe Countries“. In diesen Staaten besteht gemäß Art. 34 des Schweizer Asylgesetzes Sicherheit vor Verfolgung. Weitere Kriterien sind die Einhaltung der Menschenrechte und die Anwendung internationaler Menschenrechts- und Flüchtlingskonventionen. Asylanträge von Personen aus diesen Ländern werden gemäß Art. 34 Abs. 2 des Schweizer Asylgesetzes nicht bearbeitet, sofern es keine Hinweise auf individuelle Verfolgung gibt. Diese wird in einer persönlichen Anhörung geprüft. Verfolgungssicherheit konnte in einigen dieser Staaten nicht für das gesamte Territorium garantiert werden. Daher wurde die Kriterienliste vom Schweizer Bundesrat modifiziert. Einzelne Regionen, wie z. B. Transnistrien, können jetzt als nicht verfolgungssicher von der Liste ausgeschlossen werden.

<http://www.ejpd.admin.ch/ejpd/de/home/dokumentation/mi/2006/2006-12-08.html>

Frankreich: Abschiebungen und Asylanträge 2006

2006 wurden sowohl im französischen Mutterland (23.831; 2005: 19.841) als auch in den Überseegebieten (23.885; 2005: 15.532) deutlich mehr Einwanderer ohne Aufenthaltserlaubnis abgeschoben. Damit setzte sich der Trend der vergangenen Jahre fort. Nach Angaben von Innenminister Nicolas Sarkozy (UMP) soll die Zahl 2007 weiter steigen. Die Zahl der Asylanträge sank dagegen im letzten Jahr deutlich auf 34.862 (2005: 52.066; 2004: 57.616). Die Einwanderungs- und Integrationspolitik spielt bei den Ende April und Anfang Mai stattfindenden Präsidentschaftswahlen eine wichtige Rolle. Sarkozy versucht sich mit einer harten Linie zu profilieren.

http://www.interieur.gouv.fr/sections/a_la_une/toute_l_actualite/ministere

wicklungshilfe und Aussicht auf ein Einwanderungskontingent, bei nicht kooperationsbereiten Staaten würden hingegen Sanktionsmaßnahmen seitens der EU erwogen. Diese „Zuckerbrot-und-Peitsche-Politik“ bei

der Rückübernahme führe zu Menschenrechtsverletzungen gegenüber Flüchtlingen und Migranten in Transitstaaten wie Libyen und Marokko, erklärte ein Sprecher der Flüchtlingshilfsorganisation Pro Asyl. *js*

<http://www.frontex.europa.eu>

<http://www.eu2007.bmi.bund.de>

<http://www.proasyl.de>

Russland: Neues Einwanderungsgesetz beschränkt Zugang zum Arbeitsmarkt

Am 15. Januar ist in Russland ein neues Einwanderungsgesetz in Kraft getreten. Nach Angaben der Regierung soll das Gesetz den Zustrom von Einwanderern beschränken, den Zugang zu einem regulären Aufenthaltsstatus erleichtern und somit einen besseren Überblick über Anzahl und Situation der Einwanderer ermöglichen.

Verschiedenen Schätzungen zufolge leben derzeit in Russland zwischen 12 und 20 Mio. Einwanderer, überwiegend aus den ehemaligen Sowjetrepubliken, aber auch aus China. Einer Studie der Weltbank zufolge ist Russland somit hinter den USA das zweitwichtigste Einwanderungsland. Personen aus den GUS-Staaten, also aus Armenien, Aserbaidzhan, Georgien, Kasachstan, Kirgistan, Moldau, Tadschikistan, Turkmenistan, Ukraine, Usbekistan und Weißrussland, können ohne Visum nach Russland einreisen. Viele Migranten leben und arbeiten jedoch vorübergehend oder dauerhaft in Russland, ohne einen legalen Aufenthaltsstatus oder eine Arbeitsgenehmigung zu besitzen. Selbst die russische Regierung räumt ein, dass dies vor allem daran liegt, dass der Zugang zu regulären Aufenthaltspapieren oder der russischen Staatsbürgerschaft bisher aufgrund bürokratischer Hürden nahezu unmöglich war. Viele Einwanderer sind be-

reit, zu deutlich niedrigeren Löhnen als die einheimische Bevölkerung zu arbeiten, zahlen keine Steuern und senden einen Teil ihrer Einkünfte zurück in ihre Herkunftsländer.

Durch das neue Einwanderungsgesetz sollen in diesem Jahr 6,5 Mio. Einwanderer eine Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigung erhalten. Dabei wurden Quoten für die jeweiligen Herkunftsländer festgelegt. Ab 2008 soll dann ein an die Bedürfnisse des russischen Arbeitsmarktes angepasstes Auswahlverfahren eingeführt werden.

Das neue Gesetz enthält auch eine Regelung, nach der die Anzahl ausländischer Arbeitskräfte im Einzelhandel ab sofort auf 40 % begrenzt wird. Ab April dürfen überhaupt keine Einwanderer mehr in dieser Branche arbeiten. In einigen Bereichen des Einzelhandels, z. B. beim Verkauf von Alkohol und Medikamenten, gilt die totale Beschränkung ab sofort. Nach Angaben des zuständigen Ministeriums für Gesundheit und Soziales gelten die Beschränkungen vor allem für Verkäufer. Leitende Angestellte und Hilfsarbeiter seien von den Verboten nicht betroffen.

Gleichzeitig wurden harte Strafen für Arbeitgeber, die Ausländer illegal beschäftigen, eingeführt. Staatspräsident Wladimir Putin (Partei „Einiges Russland“) begründete diesen Schritt damit, dass russische Staatsbürger durch die Migranten vom Arbeitsmarkt verdrängt würden. Der Chef der Einwanderungsbehörde Konstantin Romodanowski bezeichnete die neuen Regelungen als „ersten Schritt in Richtung zivilisierte Migration“.

Kritiker werfen der Regierung vor, mit dem Gesetz ohnehin vorhandene fremdenfeindliche Tendenzen in Russland zu verstärken. In den letzten Monaten war es vermehrt zu gewalttätigen Übergriffen gegen Zuwanderer gekommen. Bereits Ende 2006 war die russische Regierung nach einem Streit mit Georgien über die Festnahme mutmaßlicher russischer Spione hart gegen in Russland lebende Georgier vorgegangen (vgl. MuB 10/06).

Andere Kritiker geben zu bedenken, dass eine Beschränkung der Einwanderung den ohnehin rasanten Bevölkerungsschwund von etwa 700.000 Personen pro Jahr weiter beschleunigen wird. Unternehmer befürchten, dass es zu Engpässen in jenen Sektoren des Arbeitsmarktes kommen könnte, in denen zuvor überwiegend Einwanderer beschäftigt waren. Einwanderer beklagen die Intransparenz der neuen Regelungen. *me*
Weitere Informationen: <http://www.worldbank.org>

Internet-Angebote / Literatur / Veranstaltungen



Internet-Angebote der bpb

Europäisierung der Expertendatenbank „Migration“

Die Expertendatenbank der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) bietet umfangreiche Möglichkeiten der Kontaktaufnahme und Vernetzung für migrationspolitisch Interessierte und Engagierte. Das Ziel der bpb besteht darin, das Thema „Migration, Einwanderungs-

gesellschaft und interkulturelles Zusammenleben“ in seinem europäischen Zusammenhang zu stärken. Dazu können jetzt sämtliche Daten auf einer neu eingerichteten englischsprachigen Ebene der **Migration Expert Database** eingetragen bzw. abgerufen werden. Gleichzeitig werden Experten aus Europa für die Expertendatenbank geworben. Auf diese Weise soll das Angebot eine europaweite Verbindungsstelle zwischen Experten und der politischen Öffentlichkeit werden, um damit Dialog, Vernetzung und den Transfer zwischen Wissenschaft, Medien, Kultur, Politik und Wirtschaft sowie der politischen Bildungsarbeit voranzubringen. Die Expertendatenbank wird ständig aktualisiert und ausgebaut. Sie wird vom Netzwerk Migration in Europa e. V. betreut. Die Nutzung ist kostenfrei. Nutzung und Anmeldung im Internet: <http://www.bpb.de/experten-datenbank-migration>

Redaktion: Dr. Anne von Oswald, Netzwerk Migration in Europa e. V., E-Mail: info@migration.bpb.de

Online-Dossier Demografischer Wandel in Deutschland

Bis zum Jahr 2050 wird die Bevölkerung in Deutschland um rund 7 Mio. Menschen auf insgesamt 75 Mio. schrumpfen, hat das Statistische Bun-

desamt berechnet. Die demografische Entwicklung und der fortschreitende Strukturwandel werden unsere Gesellschaft spürbar verändern. Das Dossier beschäftigt sich mit den unterschiedlichen Facetten des demografischen Wandels, bei dem nicht zuletzt den Themen Zuwanderung und Integration besondere Bedeutung zukommt. <http://www.bpb.de/demografischerwandel>

Literatur

Hanspeter Mattes: **Illegale Migration: Positionen und Bekämpfungsmaßnahmen der Maghrebstaaten**. GIGA Focus Nahost Nr. 09/2006 des German Institute of Global and Area Studies, Download: <http://www.giga-hamburg.de/giga-focus>

Zeno Ackermann, Carolin Auner, Elzbieta Szczebak: **Einwanderungsgesellschaft als Fakt und Chance. Perspektiven und Bausteine für die politische Bildung. Praxishandbuch für Schule und Jugendarbeit**, 2006, Schwalbach/Ts., ISBN 3-89974293-1, 19,80 Euro, Bestellung: <http://www.wochenschau-verlag.de>

Katharina Leinberger: **Migrantenselbstorganisationen und ihre Rolle als politische Interessenvertreter. Am Beispiel zweier Dachverbände in der Region Berlin-Brandenburg**, 2006, Münster-Hamburg-London, ISBN 3-8258-9687-0, 14,90 Euro, Bestellung: <http://www.lit-verlag.de>

Gabi Elverich, Annita Kalpaka, Karin Reindlmeier (Hrsg.): **Spurensicherung – Reflexion von Bildungsarbeit in der Einwanderungsgesellschaft**, 2006, Frankfurt/Main, Internationale Beiträge zu Kindheit, Jugend, Arbeit und Bildung, Band 14, ISBN 3-88939-815-4, 21,90 Euro, Online-Bestellung: <http://www.iko-verlag.de>

Veranstaltung

Workshop

Titel: „Integrationschancen von Spätaussiedlern“

Veranstalter: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB)

Wann: 29.3.-30.3.2007

Wo: Bundesagentur für Arbeit, Regensburger Str. 104, 90478 Nürnberg

Informationen: <http://www.iab.de/veranstaltungen>

Ansprechpartner: Dr. Carola Burkert, E-Mail: Carola.Burkert@iab.de, Tel.: (069) 6670-308

Kurzmeldungen – Europa II

Einheitliche EU-Regelungen angestrebt
Bundesjustizministerin Brigitte Zypries (SPD) will im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft im 1. Halbjahr 2007 verschiedene Rechtsbereiche EU-weit angleichen. Im Hinblick auf das Familienrecht sollen binationale Paare im Scheidungsfall in Zukunft einheitlichen Regeln unterliegen. Künftig solle beispielsweise per Ehevertrag der Gerichtsstand gewählt werden können, der im Scheidungsfall ausschlaggebend wäre. Ferner strebt Zypries EU-weite Mindeststrafen für rassistisch und fremdenfeindlich motivierte Straf- und Gewalttaten an. Sie will außerdem die Rechte von Beschuldigten und Angeklagten bei Strafverfahren stärken. Dazu gehören beispielsweise einheitliche Regelungen über das Recht auf einen Verteidiger oder den Einsatz von Dolmetschern.

EU: Rechtsextreme Fraktion gegründet
Anfang Januar ist im Europäischen Parlament (EP) die rechtsextreme Fraktion „Identität, Tradition und Souveränität“ (ITS) gegründet worden. Durch den EU-Beitritt Bulgariens und Rumäniens zum Jahresbeginn, die gemeinsam sechs ITS-Abgeordnete stellen, kamen die für den Fraktionsstatus erforderlichen 20 Abgeordneten aus mindestens sechs Ländern zusammen. Durch den Fraktionsstatus bekommen die rechtsextremen Abgeordneten mehr finanzielle Mittel sowie zusätzliche Rechte im EP. Den Fraktionsvorsitz übernahm der Franzose Bruno Gollnisch (Front National, FN), der wegen Leugnung des Holocausts kürzlich zu drei Monaten Haft auf Bewährung sowie einer Geldstrafe verurteilt wurde. Weitere prominente Mitglieder der Fraktion sind FN-Chef Jean-Marie Le Pen und Alessandra Mussolini (Alternativa Sociale), eine Enkelin des italienischen Diktators. Die Fraktion will u. a. die nationalen Identitäten stärken und die Einwanderung nach Europa stoppen. <http://www.europarl.europa.eu>

Impressum

Herausgeber: Netzwerk Migration in Europa e. V., Limonenstraße 24, 12203 Berlin, Tel.: +49 (0)30 456 3173, Fax: +49 (0)30 92400 996, E-Mail: MuB@network-migration.org; newsletter@focus-migration.de; ISSN: 1435-7194

Kooperationspartner: Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) und Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut (HWWI)

Redaktion: Antje Scheidler (verantwortl.), Stefan Alscher, Marcus Engler, Jennifer Elrick (HWWI), Thomas Hummützsch, Rainer Münz, Veyssel Özcan, Jan Schneider (i. A. der bpb), Christoph Wöhrle

Bestellung: www.migration-info.de/kontakt oder newsletter@focus-migration.de

Die Herausgabe des Newsletters „Migration und Bevölkerung“ wird von der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) und dem Hamburgischen WeltWirtschaftsinstitut (HWWI) gefördert. Die darin veröffentlichten Beiträge geben nicht unbedingt die Ansicht der bpb und des HWWI wieder. Der Abdruck von Artikeln, Grafiken und Auszügen ist bei Nennung der Quelle erlaubt. Um die Übersendung von Belegexemplaren wird gebeten.

Weitere Online-Ressourcen: www.network-migration.org, www.bpb.de, www.migration-research.org, www.focus-migration.de

Dieser Newsletter und alle bisher erschienenen Artikel sind online verfügbar unter: www.migration-info.de